

Ausgewählte Beiträge von Johannes Varwick zum Krieg gegen die Ukraine in „Der Freitag“ (Stand: Juli 2025)

Beitrag 1: Trump schwenkt ein	2
Beitrag 2: Liefern oder nicht liefern	3
Beitrag 3: Der Einschlag sorgt für Klarheit.....	4
Beitrag 4: Eine Macht im Konjunktiv	5
Beitrag 5: Dolchstoßlegende 2.0	6
Beitrag 6: Zugunsten der Ukraine ist Staatskunst gefragt	7
Beitrag 7: Die Verachtung der Diplomatie	8
Beitrag 8: So wird das nichts.....	9
Beitrag 9: Noch ein Brandbeschleuniger	10
Beitrag 10: Deutsche Soldaten an die Front?	11
Beitrag 11: Irrwege führen an einer Waffenruhe vorbei	12
Beitrag 12: Das ist kein lokaler Konflikt.....	13
Beitrag 13: Panzerlieferung in die Ukraine.....	14
Beitrag 14: Einfrieren – oder eskalieren?.....	16

17.07.2025: Trump schwenkt um und lässt sich bezahlen: Der US-Präsident wird zum „Biden 2.0“ und will den Krieg nun doch auf dem Schlachtfeld lösen

01.07.2025: Liefern oder nicht liefern. Erst setze Donald Trump die Waffenexporte an Kiew aus, dann ruderte er zurück. Was will der Präsident?

05.06.2025: Der Einschlag sorgt für Klarheit: Die Regierung Merz rettet sich aus der Taurus-Debatte in die „strategische Ambiguität“. Dem Frieden kommt man damit nach mehr als drei Jahren Krieg nicht näher

21.03.2025: Sicherheitspolitik in der EU: Eine Macht im Konjunktiv. Eine eigenständige Sicherheitspolitik der Europäischen Union hängt nicht allein vom Geld ab. Ebenso muss die Union Reformen anstreben

16.01.2025: Dolchstoßlegende 2.0. Eskalationsdominanz, im Ukrainekrieg liegt sie klar bei Russland. Wer nüchtern analysiert, kommt um ein solches Urteil nicht herum

21.11.2024: Zugunsten der Ukraine ist Staatskunst statt Raketendiplomatie gefragt

01.08.2024: Die Verachtung der Diplomatie

06.06.2024: So wird das nichts. Ukraine-Konferenz Beim Treffen in der Schweiz ist Russland unerwünscht, China hat abgesagt. So steht ein Solidaritäts- und kein Friedensgipfel an

27.03.2024: Noch ein Brandbeschleuniger: Die Debatte über Täter und Drahtzieher des Anschlags wird zwischen Moskau und Kiew sogleich Teil der Kriegsführung

14.10.2024: Deutsche Soldaten an die Front? Die Ukraine will die NATO immer stärker in den Krieg ziehen. Verständlich, aus ihrer Sicht. Aber dann mal Klartext.

22.02.2024: Irrwege führen an einer Waffenruhe vorbei. Die Kiewer „Friedensformel“ ist ge-sinnungsethischer Maximalismus, aber keine realistische Strategie

27.07.2023: Wann endet dieser Krieg? Die Ukraine sollte das nicht allein bestimmen, meint der Politologe Johannes Varwick

10.01.2023: Panzerlieferungen in die Ukraine: Salamitaktik von Olaf Scholz. Die Bundesre-gierung liefert jetzt also doch Schützenpanzer in die Ukraine. Scheibchenweise wird die po-litische Grenze des Möglichen im Ukraine-Krieg verschoben. Doch was ist das Ziel einer sol-chen Taktik?

28.07.2022: Einfrieren – oder eskalieren: Ukraine Auch wenn es viele nicht hören wollen: Es braucht einen verantwortungspolitischen Ansatz zur Beendigung des Krieges

Beitrag 1: Trump schwenkt ein

Trump schwenkt um und lässt es sich bezahlen

Ukraine Der US-Präsident wird zum „Biden 2.0“ und will den Krieg nun doch auf dem Schlachtfeld lösen

von Johannes Varwick

Potblitz! Dass der amerikanische Präsident nach wenigen Monaten im Amt in der Ukrainepolitik zum „Biden 2.0“ konvertiert, konnte nicht erwartet werden. Doch, so Donald Trump: Die Europäer hätten ihm von einer gewissen Neujustierung überzeugt. Bereits vor einigen Tagen hatte Trump, der mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in den vergangenen Monaten mindestens sechsmal telefoniert hatte, verlautbart, er sei „enttäuscht“ von Russland. Putin rede zwar nett, aber tische ihm „eine Menge Bullshit auf“ und „dann gehen die Raketen in der Nacht los“. Die bereits im Voraus von

Trump als „bedeutsam“ angekündigte Erklärung zur Ukraine vom Montag hat es nun in sich. In Beisein des NATO-Generalsekretärs Mark Rutte verkündete er im Weißen Haus eine radikale Kehtwende: Er habe in den vergangenen Wochen realisiert, dass die Europäer mit der Unterstüt-zung der Ukraine sehr weit gehen wollen und zugleich der russische Präsident keine ausreichende Bereitschaft zu einer diplo-matischen Lösung entlang der von Trump entwickelten Linie habe.

Auch wenn Trump die Zutaten für einen denkbaren Kompromiss nicht offen aus-sprach, dürfte er damit den von ihm nach seiner Amtsübernahme im Frühjahr 2025 ins Spiel gebrachten Verzicht der Ukraine auf Mitgliedschaft in der NATO sowie die Akzeptanz territorialer Veränderungen in der Ukraine gemeint haben. Allein Putin wolle keinen erreichbaren Deal, sondern bombardiere weiter verlustreich und zerstörerisch ukrainische Städte.

Der Ansatz des vermeintlichen Konver-tent ist ein doppelter: Zum einen können die willigen Europäer schnellstmöglich ihre Waffenlieferungen an die Ukraine massiv erhöhen und bekommen dafür nach und nach US-Systeme als Ersatz geliefert. Es geht um Luftverteidigung, Munition aller Art sowie Raketen. Im Unterschied zu seinem Vorgänger Joe Biden ist aber für Trump klar, dass dafür allein die Europäer die Zeche zahlen sollen.

Im Klartext: Amerika werde „keinen Cent“ mehr für die Unterstützung der Ukra ine hinlegen – schließlich sei das im We-sentlichen ein europäisches Problem. Die NATO, deren Generalsekretär von Trump mit Lob überschüttet wurde, sei insofern mit Boot, als dass die Allianz die Waffenlieferungen koordinieren solle. Wer aber dabei die allerbesten Geschäfte macht, ist auch klar: die US-Rüstungsindustrie. Da passt es ins Bild, dass die NATO bei ihrem Gipfel in Den Haag zuvor festgelegt hatte,

dass jede militärische Ukrainehilfe auf das neue Fünf-Prozent-Ziel bei den Verteidi-gungsausgaben angerechnet wird. Neu ist zum Zweiten, dass Trump dem russischen Präsidenten eine Frist von fünfzig Tagen setzt, um ein Abkommen mit der Ukraine zu schließen. Geschehe dies nicht, würden die Vereinigten Staaten Russlands wich-tigste Partner mit sogenannten „sekundär-en Sanktionen“ belegen. Trump sprach von Zöllen von hundert Prozent, die gegen Staaten wie China oder Brasilien verhängt werden könnten, die Russland Öl abkaufen und dann die Kriegskasse füllen.

Der republikanische Senator Lindsey Graham, der als einer der Hardlinier im Kongress schon seit Langem die Verschär-fung der Sanktionen gegen Russland gefor-dert hatte, jubilierte, dass Trump damit „ein Vorschlaghammer zur Verfügung“ ste-he, um Russland zum Einlenken zu bewe-gen. Kann das alles funktionieren – und was passiert, wenn das nicht der Fall ist?

Im besten Fall steigern die ausgeweiteten Waffenlieferungen und das Trumpsche Ulti-matum Putins Bereitschaft zu einem Kompromiss. Wahrscheinlicher dürfte al-lerdings sein, dass sich nun der Abnutzungs-krieg verlängert oder eine weitere militärische Eskalation in Gang kommt – und es wäre eine handfeste Überraschung, wenn diese für die Ukraine gut ausgeht.

Eher dürfte das Ergebnis eine Teilung der Ukraine an einer noch zu definierenden Frontlinie sein – diese käme nicht durch Verhandlungen, sondern durch brüchige Ergebnisse auf dem Schlachtfeld zustande. Eine solche „Lösung“ könnte jederzeit in einen Krieg zwischen westlichen Staaten und Russland eskalieren. Genau das wollte Trump eigentlich vermeiden. Sein Bei-standsversprechen würde sich selbst dann wohl auf Waffenlieferungen als maximale Form der Verwicklung in europäische An-gelegenheiten beschränken. Bleibt die un-beantwortete Frage: Wo soll das enden?

von Johannes Varwick

War's das? Seit der russischen Invasion in der Ukraine Anfang 2022 hatten die USA der Ukraine Waffen im Wert von nahezu 67 Milliarden Dollar bereitgestellt. Ein Großteil dieser Hilfe bestand aus Militärgütern und Munition, die aus US-Beständen geliefert wurden. Offenkundig hat die Trump-Administration entschieden, die Waffenlieferungen „auszusetzen“, auch wenn sich Trump beim Besuch des israelischen Regierungschefs Benjamin Netanyahu selbst korrigierte und davon sprach, nun doch „Verteidigungswaffen“ liefern zu wollen. „Wir werden noch weitere Waffen schicken“, sagte der US-Präsident. „Wir müssen, sie müssen in der Lage sein, sich zu verteidigen. Sie werden sehr schwer getroffen.“ Die Ankündigung des Lieferstoppes hatte zuvor in Kiew und bei den westlichen Verbündeten Entsetzen ausgelöst – zumal in einer Lage, in der Russland seine Angriffe massiv verstärkt und an der Front schrittweise vorrückt.

Fest steht immerhin eines: Im Sommer werden die von Trumps Vorgänger Joe Biden genehmigten Lieferungen auslaufen. Trump hat bisher keine zusätzlichen Unterstützungsabkommen im Kongress eingebracht – und dann diese sprunghafte, un durchsichtige Entscheidung zum Stopp getroffen. Was trieb den 79-jährigen dazu?

Trumps zweite „Pause“

Ursprünglich sollten dem ukrainischen Militär noch bis ins kommende Jahr Luftverteidigungsgeräte, Raketen, Artilleriemunition und andere militärische Unterstützung in großem Umfang geliefert werden. Davon ist nun keine Rede mehr. Es ist die zweite „Pause“ seit Präsident Trumps Amtsantritt im Januar 2023. Bereits im März, nach dem denkwürdigen Treffen zwischen den Präsidenten Donald Trump und Wolodymyr Selenskyj im Oval Office, setzte das Weiße Haus kurzzeitig die gesamte Militärliefe für die Ukraine aus.

Die meisten Militärexperten erwarteten damals, dass die Ukraine den Kampf ohne amerikanische Waffen und den damit verbundenen Geheimdienstinformationen zur Zielerfassung lediglich weiter vier bis sechs Monate durchhalten könnte. Die Trump-Regierung hob die Pausa nach etwa einer Woche auf, die Waffenlieferungen wurden wieder aufgenommen. In dieser Phase versuchte der US-Präsident, bisher ohne Erfolg, Verhandlungen aufs Gleis zu setzen. So gab es zahlreiche Telefonate zwischen Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien. Auch wenn die Halbwertszeit der Trump-Entscheidungen üblicherweise begrenzt ist und die Lage sich schon morgen wieder ändern kann: Einiges spricht dafür, dass Trump aus zwei Gründen den erneuten Lieferstop an Kiew beschlossen hat.

Der erste Grund ist die America-First-Agenda. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die USA bei der Bereitstellung von Hilfen für andere Länder „sich selbst nicht benachteiligen“, erklärte der Sprecher des Verteidi-



oder mit einem Neuen im Weißen Haus. Der Abnutzungskrieg, der jederzeit in eine direkte Konfrontation zwischen Russland und dem Westen eskalieren könnte, müsse dann weitgehen. So kritisierte etwa der ehemalige Sicherheitsberater von Biden, Jake Sullivan, die Entscheidung Trumps als „zynisches Spiel mit der Ukraine“. Trump habe versucht, die Debatte als eine Wahl zwischen Frieden und endlosem Kampf darzustellen. In Wirklichkeit bestehre die Wahl zwischen einem „echten Frieden“, der durch wirksame Verhandlungen und Unterstützung der Ukraine erreicht wird, und einem „falschen Frieden“, der durch eine

Russland in die Knie zwingen? Daran glaubt in Washington kaum noch wer

ILLUSTRATION: DER FREITAG, FOTO: JACO IMAGES

Kapitulation vor Russland zustande käme. Damit ist die Interpretation naheliegend, dass mit den eratistischen Entscheidungen Trumps Druck aufgebaut werden und die Ukraine zum Einlenken bewegen werden soll. Das heißt zugleich, dass in Washington kaum noch jemand an entscheidender Stelle erwartet, Russland zu vertretbaren Kosten und Risiken in die Knie zwingen zu können. Ob dies angesichts der störrischen Linie der Europäer aufgeht, ist fraglich.

Die Bundesregierung erwägt inzwischen, Waffen in den USA zu kaufen und diese dann direkt an die Ukraine weiterzugeben. Auch entstehen derzeit eine Reihe westlicher Joint Ventures mit der Ukraine, um die Produktionskapazitäten vor Ort deutlich zu erhöhen. Zudem hat die Ukraine bereits in den vergangenen Monaten mit westlicher finanzieller Hilfe ihre Produktionskapazitäten ausgebaut. Allerdings ist nicht bekannt, wie viele davon Ziel russischer Luftangriffe geworden sind.

Damit liegen die Zutaten für ein diplomatisches Endspiel nunmehr deutlich auf dem Tisch. Denjenigen, die Kompromisse als Diktatfrieden framten und Durchhalteparolen verbreiten, stehen nüchterne Strategen gegenüber, die eine realpolitische Frontbegradigung als die bessere Alternative zu einem dauerhaften Abnutzungskrieg verstehen.

Letztere wollen zu einem Modus Vivendi mit Russland kommen, bei dem die Ukraine nicht vollständig unter die Räder kommt, aber doch von ihren völkerrechtlich wie politisch legitimierten Positionen abrücken muss. Das Gewürze um den Stopp der US-Waffenlieferungen wäre dann der zweite Akt im Versuch, den ukrainischen Präsidenten und seine europäischen Unterstützer zu einer wirklichen Verhaltensänderung zu bewegen. Die Prämisse ist, dass ein Arrangement mit Russland möglich ist. War's das also? Ausgang ungewiss.

Liefern oder nicht liefern

USA/Ukraine Erst setzte Donald Trump die Waffenexporte an Kiew aus, dann ruderte er zurück. Was will der Präsident?

gungsministeriums, Sean Parnell, bei einem Briefing im Pentagon. Es sei Aufgabe des Verteidigungsministeriums, die Agenten des Präsidenten zu verfolgen und weltweit Frieden durch Stärke zu sichern. Da mag es auch eine Rolle spielen, dass durch die massive Unterstützung Israels und den US-Kriegseintritt im Nahen Osten und womöglich eines Tages im indopazifischen Raum bei anhaltend hohen Lieferungen an die Ukraine amerikanische Bestände knapp werden und man die eigene militärische Handlungsfähigkeit maximal erhalten will.

Wichtiger scheint aber zweitens, dass Trump es ernst meint mit seinem Kurswechsel in der Ukrainefrage. Offenkundig folgt er nicht der europäisch-ukrainischen

Lesart, nach der mit Russland kein Interessenausgleich und auch keine Verhandlungen möglich sind, sondern vielmehr Kiew dauerhaft in einer Lage versetzt werden müsse, der russischen Aggression zu widerstehen und die nur durch eigene Stärke und die Schwächung Russlands zu erreichen sei. Sichtbar ist, dass Trump darüber frustriert ist, dass es bisher zu keiner schnellen Einigung mit Russland gekommen ist, für die er neben dem Verzicht der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft auch territoriale Veränderungen in der Ukraine und die Aufhebung der Sanktionen für erforderlich hält. In allen drei Punkten gibt es bisher keine sichtbare Bewegung bei den europäischen Ukraine-Unterstützern und

wohl auch nicht bei Selenskyj. Was die NATO-Mitgliedschaft betrifft, hat zwar der Gipfel in Den Haag vergangene Woche auf amerikanischen Druck in seinem Abschlusskommunikat die sonst üblichen Beitrittszusagen nicht wiederholt. In aktuellen Selbstdarstellungen der Allianz heißt es aber unverändert: „Die Zukunft der Ukraine liegt in der NATO.“

Gleiches ließt sich für die Frage von territorialen Veränderungen zeigen, die in der derzeitigen ukrainischen Regierung als nicht verhandelbar dargestellt werden. Insgesamt entsteht der Eindruck, man traue sich zu, Trump auszusitzen und auf künftige Veränderungen der US-Linie zu setzen – sei es aufgrund von Druck im Kongress

Der Einschlag sorgt für Klarheit

Ukraine Die Regierung Merz rettet sich aus der Taurus-Debatte in die „strategische Ambiguität“. Dem Frieden kommt man damit nach mehr als drei Jahren Krieg nicht näher

von Johannes Varwick

Das gängige Narrativ im Krieg gegen die Ukraine lautet: Russland will nicht verhandeln. Das lässt sich nach der zweiten Runde der Sondierungen in Istanbul so nicht aufrechterhalten. Mit der Vorlage eines zwölf Punkte umfassenden Memorandums sind russische Verhandlungspositionen klar. Sie reichen von der Anerkennung einer Übernahme der Krim wie der Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja über einen dauerhaften Neutralitätsstatus der Ukraine und die Begrenzung ukrainischen Militärs, dem Schutz der russischsprachigen Bevölkerung bis zum Verzicht auf Repressionen wie Sanktionen. Ein Friedensvertrag könnte zudem nur nach einer Präsidentenwahl in der Ukraine unterzeichnet werden. Verhandelt im engeren Sinne wurde darüber in der kurzen Istanbuler Runde gleichwohl nicht. Doch soll dem Vernehmen nach beim Treffen zwischen den Verhandlungsführern Wladimir Medinski auf russischer und Rustem Umerov auf ukrainischer Seite intensiv gesprochen worden sein.

Saluschnyjs Realismus

Das war angestiegs anhaltender russischer Angriffe auf gegnerische Infrastruktur, dem langsam Vorrücken russischer Truppen sowie jüngster ukrainischer Drohnenangriffe gegen Luftstützpunkte auf russischem Gebiet keine Selbstverständlichkeit. Zumal Letztere aller Erfahrung nach eine massive Gegenreaktion bewirken dürften. Es fragt sich, ob damit der Nutzen der ukrainischen Aktion für Kiew größer als der daraus folgende Schaden ist.

Es wäre weltfremd, anzunehmen, dass Moskau in einer Phase des Krieges, in der sich die Brutalität der letzten drei Jahre auf dem Schlachtfeld für den Aggressor langsam auszahlt, nun Halt macht. Das war vermutlich auch die Einsicht Donald Trumps bei seinen weitgehenden Zugeständnissen, mit denen er bei den meisten Europäern aufgelaufen ist. Viele, einschließlich des Kanzlers Friedrich Merz, denken offenbar, sie könnten einen erraticischen Trump auf den Pfad der Tugend zurückführen und aus ihm einen zweiten Joe Biden machen. Das ist aussichtslos und die Wende der Amerikaner ein Faktum, nur Europa – ge-



Merz und Selenskyj in Berlin: Will man etwa künftig gemeinsam Drohnen bauen?

FOTO: ERMANNOLE CONTINI/AGENCE FRANCE PRESSE

nauer: ein Teil davon – versucht bei der Unterstützung der Ukraine weiterzumachen wie bisher. Mehr noch: Man will nicht zur Kenntnis nehmen, dass deren Neutralität und NATO-Verzicht die für Russland allein erträgliche Form des Kriegsausgangs sein wird. Wenn jedoch im Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung für eine NATO-Aufnahme plädiert wird und sich europäische Politiker in Kiew weiter mit Zusagen überbieten, kann das nur als Sabotage des neuen amerikanischen Ansatzes verstanden werden.

Der unerfahrene Kanzler hat dabei einen weiteren Bock geschossen: Nachdem er als Oppositionsführer die Lieferung weitreichender Raketenysteme gefordert und in seinen ersten Amtstagen ohne große Folgen weitere Sanktionen angekündigt hatte,

fabulierte er nun vom Wegfall eines Reichweiten-Limits für Raketen und Artillerie. Da Deutschland bisher Systeme mit großer Reichweite aus guten Gründen ausgespart hat, konnte man dies zunächst als Wiederauflege der alten Taurus-Debatte verstehen. Dann aber gab es die Akzentuierung, dass die Regierung Merz plötzlich von „strategischer Ambiguität“ redet. Demnach will sie Russland bewusst im Unklaren lassen, was wirklich geleistet wird. Erst der Einschlag deutscher Raketen in russische Kommandozentralen oder Munitionssdepots brachte dann letzte Klarheit.

Da man die russische Aufklärung nicht unterschätzen sollte, würde sich der Überraschungseffekt in Grenzen halten und die militärische Lage bliebe im Wesentlichen, wie sie ist. Alle sollten gelernt haben: Wun-

derwaffen gibt's nicht. Beim jüngsten Be such von Wolodymyr Selenskyj in Berlin legte Merz eine weitere Volte hin und verkündete eine deutsch-ukrainische Beschaffungsstrategie für weitreichende Waffensysteme. Die Ukraine könnte damit auch militärische Ziele außerhalb des eigenen Staatsgebietes angreifen. Es entstünde eine neuartige Militärkooperation zwischen Berlin und Kiew „mit großem Potenzial“. Wer glaubt im Ernst, Russland würde einer solchen Waffenproduktion in der Ukraine tatlos zuschauen? Wer hält sie für friedensorfernd?

Man muss sich über die russische Gewalt empören, aber zugleich ist es die Aufgabe nüchterner Analyse, Optionen jenseits des Empörens zu ventilieren. Bei nüchterner Analyse, ob und wie die Ukraine zu einem

„gerechten Frieden“ finden kann, lautet die Antwort: Es gibt keinen Weg dorthin zu vertretbaren Kosten und Risiken. Notwendig ist ein realistischer Interessenausgleich mit Moskau, anstatt daran zu glauben, man könne einen Abnutzungskrieg befürworten, den die Ukraine nicht gewinnen, der aber jederzeit zu einem ausfernden Krieg um die Ukraine führen kann.

Schadet oder nutzt Kiew der Großangriff mit Drohnen auf Stützpunkte in Russland?

Eben dies scheint, anders als Merz, die Trump-Administration verstanden zu haben. Der US-Präsident sagt nicht, was er nicht will, sondern benennt erreichbare Ziele: Erhält der ukrainischen Souveränität bei Akzeptanz territorialer Veränderungen als Modus Vivendi, Sicherung einer künftigen Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit jenseits einer NATO-Mitgliedschaft, Rückkehr zu einem Mindestmaß an Rüstungskontrolle, beharrliches Arbeiten an einer Desaskalation und schlussendlich ein konditioniertes Aufheben der Russland-Sanktionen. Das muss nicht funktionieren, aber es kann. Kiew sollte nicht auf eine Art „White Swan“-Freignis setzen, das „Frieden für die Ukraine in den Grenzen von 1991 oder 2022 bringen würde“, sagte vor Kurzem Valerij Saluschnyj, ehemaliger Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, derzeit als ukrainischer Botschafter in London von Selenskyj kaltgestellt. Zu welchem Preis, mit welchen Mitteln und welchen Folgen ließe sich ein weiterer russischer Vormarsch verhindern? Von der Antwort hängt eine angemessene Strategie ab. Wunschdenken sollte ein Ende haben.

Johannes Varwick ist Professor an der Martin-Luther-Universität in Halle

Eine Macht im Konjunktiv

EU Eine eigenständige Sicherheitspolitik hängt nicht allein vom Geld, sondern ebenso von inneren Reformen der Union ab

von Johannes Varwick

Das vereinte Europa in Gestalt der Europäischen Union ist von zwei Seiten unter Druck geraten. Einerseits hat der seit mehr als drei Jahren andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die kontinentale Sicherheitsordnung erschüttert, andererseits die erneute Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten selbst den überzeugtesten Transatlantikern vor Augen geführt, dass die Sicherheitsgarantien der USA für Europa und deren Status in der NATO anderen Kriterien als bisher unterliegen.

Die abgewählte deutsche Außenministerin Annalena Baerbock spricht von einer „europäischen Sicherheitspolitik“, darüber geht die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas, wenn sie meint, die freie Welt brauche eine neue Führung, die von Europa ausgehen müsse. Von einem Verbündeten und einer Schutzmacht werden die USA zu einem Sicherheitsrisiko für Europa“, heißt es im Aufruf von Claudia Major (Stiftung Wissenschaft und Politik), Carlo Masala (Bundeswehruniversität München) und Christian Mölling (Bertelsmann Stiftung).

In Wartestellung

Abgänge auf die USA als führende westliche Gestaltungsmacht in den internationalen Beziehungen gab es in der Vergangenheit immer wieder. Was gerade unter der Trump-Administration geschieht, bezeugt zunächst alles andere als einen abnehmenden Gestaltungswillen. Das zeigt sich im Ukraine- und Gaza-Konflikt ebenso wie im Umgang mit Grönland, in der Handels- und Migrationspolitik. Die USA bleiben zudem für fast 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich, sie verfügen über gut 800 Militärstützpunkte von Nordafrika bis zum Pazifik und Südpazifik. Sie sind infolgedessen global wie keine andere Nation zur Projektion militärischer Macht in der Länge. Die daraus resultierende Fähigkeit, jedem ernsthaften Interesse notfalls im Alleingang nachzukommen, ist weiterhin singular, auch wenn der Abstand zu Großmächten wie China oder Indien schwindet.

Europa will unter diesen Umständen mehr für die eigene Sicherheit tun. Nur was heißt das? Hält man sich an das Kriterium der Subsidiarität – es beruht auf dem Prinzip, dass eine höhere Ebene nur dann eingreift, wenn die untere nicht fähig ist, die Aufgabe zu bewältigen –, erscheint ein Konsens zwischenstaatlicher Sicherheitskompetenzen ratsam, die einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zugutekommen. In Betracht zu ziehen wäre dabei, dass innerhalb der EU höchst unterschiedliche Einschätzungen über die Mach- und Wünschbarkeit einer konsistenten Sicherheitsagenda bestehen.

Eine erste Schule weist darauf hin, dass es bereits eine europäische Außenpolitik gebe, ob sie nun so genannt werde oder nicht. Eine zweite Lesart vertritt die Auffassung, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sei derzeit nicht realisierbar, sondern in Ansätzen erkennbar. Drittens wird argumentiert, es werde aufgrund der Strukturmerkmale der internationalen Politik keine europäische Außenpolitik geben können.

Ungeachtet dessen sind die Verfechtung und die gegenseitige Abhängigkeit der EU-Staaten untereinander bereits heute deutlich groß, ob der Sprung hin zu einer kollektiven Außenpolitik mitsamt einer Europa-Armee eines Tages womöglich die logische Folge eines fortschreitenden Integrationsprozesses sein wird. Voraussetzung wäre eine gemeinsame Wirtschaft, die seit 2008 als „Finalisierung der Integration“ nach den grünen Außenminister Jöschka Fischer bei einer Rede in der Berliner Humboldt-Universität angeregt wurde. Davon ist die EU aktuell mehrmals entfernt.

„Weltpolitikfähig“ ist sie – anders als die USA, China und Indien – in ihrer augenblicklichen Verfassung nicht, so sehr Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen während ihrer ersten Amtszeit (2019–2024) eine „geopolitische Kommission“ zu führen wünschte, die jedoch bestenfalls in



Was soll aus der NATO werden, wenn sich die EU als Militärunion verstehen?

Wartestellung verharrete und diplomatische Mindestanforderungen verfehlte. Waren sich gegenwärtig nichts geändert hat von Natur aus, so haben die Mitgliedstaaten der EU-Solidarnis. Sie sind infolgedessen global wie keine andere Nation zur Projektion militärischer Macht in der Länge. Die daraus resultierende Fähigkeit, jedem ernsthaften Interesse notfalls im Alleingang nachzukommen, ist weiterhin singular, auch wenn der Abstand zu Großmächten wie China oder Indien schwindet.

Daraüber hinaus wäre zu fragen, inwiefern der Weg zur Militärunion mit einer wenig konstruktiven Vielstimmigkeit kompatibel ist, wie sie für das Europa der 27 nur allzu oft vorherrscht. Noch ist es kaum vertreten, dass es tatsächlich zu Mehrheitsentscheidungen und den dafür erforderlichen Verhandlungen kommt. Die Diskussionen mit dem Ende 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon haben gezeigt, dass institutionelle Reformen politische Probleme zwischen den Mitgliedstaaten nicht lösen. Wahrscheinlicher könnte künftig ein Bedeutungszuwachs von „Koalitionen der Willigen“ sein, an denen sich auch Nicht-EU-Staaten wie Großbritannien beteiligen. Ob daraus mehr Geschlossenheit resultiert, bleibt offen. Vorrangig die fünf EU-Kernstaaten Deutschland, Frankreich, Polen, Italien und Spanien werden sich eigentlich bestreiten, ob sie dazu in harten

ReArm Europe

Der so überschriebene Plan der EU-Kommission sieht vor, dass für öffentliche Mittel, die zur Aufrüstung auf nationaler Ebene verwendet werden, mehr „haushaltspolitisches Spielraum“ gewährt wird. Dazu sollen „nationale Ausweichklau- sen“ des Haushaltswesens eingerichtet werden. Das heißt, wird die Verteidigungsetat signifikant erhöht, droht kein Defizitzufahrten. Das soll bis 2028 einen haushaltspolitischen Spieldraum von knapp 650 Milliarden Euro verschaffen. Zugleich werden den EU-Staaten Darlehen in Höhe von 350 Milliarden Euro über 15 Jahre in die Luft- und Raketenabwehr, Raketen- und Drohnen sowie Drohnenabwehrsysteme. Als dritte Säule von „ReArm Europe“ ist ein Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds gedacht – also aus dem EU-Haushalt –, um sie in die Aufrüstung umzuleiten.

LH

als Zuzug auszugeben. Denn schon zwischen 2021 und 2024 stiegen die Verteidigungsausgaben der EU-Staaten um mehr als 30 Prozent. Im Jahr 2024 beliefen sie sich auf 326 Milliarden Euro, was etwa 1,9 Prozent der EU-Wirtschaftskraft entspricht. Mit den jüngst zugesagten Steigerungen und dem Projekt „ReArm Europe“ (siehe Glossar) werden sich die Mittel deutlich erhöhen. Wer aber mit einem Aufwüstungsfür drei oder vier Prozent des Bruttonationaleprodukts für Verteidigung ausgeben will, muss das nicht nur nachvollziehbar herleiten, sondern auch sagen, wo die Milliarden herkommen sollen.

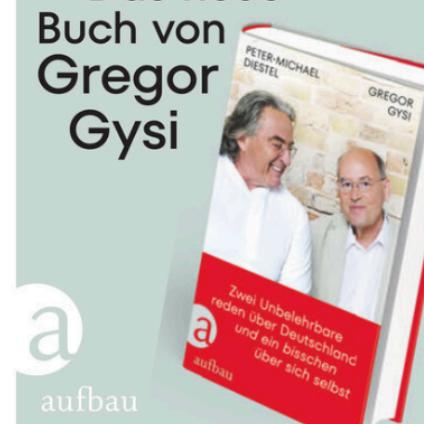
Als militarisierte Kopie der USA sollte sich das Europa der EU zu schade sein

Angesichts eines möglichen transatlantischen Schismas wären die EU-Europäer gut beraten, einer eigenständigen Sicherheitspolitik näherzutreten, die in dem Bewusstsein entwickelt wird, dass ihr Kontinent um einiges größer ist als die Europäische Union. Insoweit sollte weder der aktuelle Altkonservatismus handlungslösend sein noch der aufrüstungslustige US-Ansatz kopiert werden.

Schon gar nicht sollte das einzige Selbstbild einer „Friedensmacht EU“ in Vergessenheit geraten, der immerhin 2012 der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Thorbjørn Jagland, Chef des norwegischen Nobelpreises, befand seinerzeit in seiner Laudatio, „dass Europa von einem Kontinent des Krieges zu einem Kontinent des Friedens geworden ist.“ Schon damals ein höchst konsolidiertes Urteil, es blendete die Tatsache aus, dass die USA den NATO-Konflikt gegen Serbien und Montenegro im Frühjahr 1999 aus. Heute gereicht es einem Friedensnobelpreisträger schwerlich zur Ehre, sich an einer Rüstungswahn zu verlieren. Bruch mit den USA hin oder her – als deren militarisierte Kopie sollte sich das Europa der EU zu schade sein.

ANZEIGE
www.aufbau-verlage.de

So kontrovers wie unterhaltsam:
Das neue Buch von Gregor Gysi



Dolchstoßlegende 2.0

Eskalationsdominanz Im Ukrainekrieg liegt sie klar bei Russland. Wer nüchtern analysiert, kommt um ein solches Urteil nicht herum

von Johannes Varwick

Niemand kann die Zukunft vorhersagen, und es gibt fast immer jemanden, der richtig und falsch lag. Hinterher. So sah die Mehrheit der Sicherheitsexperten zu Beginn des russischen Angriffskrieges 2022 für den Verteidiger kaum Chancen, der vermeintlichen Überlegenheit der russischen Armee standzuhalten, die zunächst jedoch in ihrer Kriegsführung überraschende Defizite erkennen ließ. Angesichts der zeitweiligen militärischen Erfolge der Ukraine erwarteten etliche Beobachter kühn deren Sieg, der nur mit einem vollständigen Rückzug der russischen Besatzer verbunden sein könnte.

Davon ist die militärische Lage inzwischen meilenweit entfernt. Sollte Kiew nun zu bisher kaum denkbaren Kompromissen gezwungen und Hunderttausende umsonst gestorben sein, dann – so in Deutschland die tonangebenden Experten – liege das am mangelnden Beistand des Westens und nicht am enormen strategischen Ungleichgewicht zwischen der Ukraine und Russland. „Angstunternehmer“, so Carlo Masala von der Bundeswehr-Universität München, hätten es geschafft, einen signifikanten Teil der Bevölkerung zu verunsichern, und die Politik zu Zurückhaltung gedrängt. Dabei hätte man in Wahrheit nur die notwendigen Waffen liefern und den Russen die Ausweg-

losigkeit ihres Vorgehens hart und konsequent vor Augen führen müssen. Den Krieg nach Russland tragen, nannte das Roderich Kiesewetter (CDU). „Dolchstoßlegende 2.0“ wäre eine zutreffende Beschreibung dieser Debatte, in der mit Schuldzuweisungen versucht wird, Schuldzuweisungen zuvorzukommen. Denn warum schicken wir keine Bodentruppen, wenn es ein vitales Interesse gibt, die Ukraine zu stabilisieren, und Russland ohnehin nicht eskaliert? Weil viele in Europa und den USA eben doch eine Eskalation fürchten? Was sich trotz des „Nebels des Krieges“ (Clausewitz) recht deutlich bestimmen lässt, sind die politischen und strategischen Kräfteverhältnisse. Russland pfeift weder aus dem letzten Loch, noch haben die Sanktionen dazu geführt, sein Vermögen zur Kriegsführung entscheidend zu mindern. Die Eskalationsdominanz lag und liegt aufseiten Russlands. Wer dies offen ausspricht, gilt hierzulande als kaltherzig oder „russenfreundlich“. Nichts davon stimmt. Diese Erkenntnis ist vielmehr Schlüssel für eine Befriedung des Konfliktes, die von den „Beständen und nicht den Parolen“, wie es einst der Dichter Gottfried Benn formulierte, ausgeht.

Keine guten Optionen mehr

Eskalationsdominanz meint die Fähigkeit, auf jeden Schritt eines Gegners mit der Eskalation auf einer höheren Stufe reagieren zu können. Dies setzt voraus, die entsprechenden Ressourcen, Fähigkeiten und Intentionen zu haben. Russland kann den Krieg eskalieren und wird wohl bei Bedarf weiter eskalieren – hybrid, konventionell und auch (wenngleich unwahrscheinlich) nuklear. Dass diejenigen, die weiter an ei-

nen Sieg der Ukraine gegen ein vermeintlich schwaches Russland glauben wollen, die Ersten sind, die Russland alarmistisch zutrauen, in wenigen Jahren NATO-Territorium anzugreifen, gehört zu den großen Absurditäten der laufenden Debatte.

Nein: Masala & Co. haben die Kräfteverhältnisse und strategischen Parameter falsch eingeschätzt. Sie legten ihren gern gehörten Empfehlungen unrealistische Prämissen zugrunde und hielten Wünsche für die Wirklichkeit. Alles andere wird als „Appeasement“ diffamiert. Schon der zarteste Hinweis auf Eskalationsrisiken gilt als feige Selbstdabschreckung, denkbare Kompromisse werden als Diktatfrieden auf Geheiß Moskaus denunziert. Wer einseitig auf eine militärische Lösung gesetzt hat, ging davon aus, dass die Ukraine durch Erfolge auf dem Schlachtfeld in eine vorteilhafte Verhandlungsposition gebracht werde. Dass es genau in die andere Richtung gehen könnte, wollte kaum jemand hören. Gesagt haben es gleichwohl viele. Mit der Ausrede, „es wurde einfach zu wenig geliefert“, wird nun versucht, von dem eigenen Versagen bei der Analyse dieses Krieges abzulenken. „Angstunternehmer“ ist die billige Retourkutsche auf „Kaliberexperten“ (Bundespräsident Steinmeier). Wir sollten nun nüchterne Ursachenforschung beginnen und erkennen, dass es in diesem Krieg keine guten Optionen mehr gibt. Eine Eskalationskontrolle braucht Nüchternheit, Wünsche sind von Interessen und Interessen von Möglichkeiten zu unterscheiden – all das scheint im öffentlichen Diskurs zu verschwinden. Danke für nichts, werte Sicherheitsexperten!

Johannes Varwick ist Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Johannes Varwick verwirft Bidens Last-Minute-Entschluss

Zugunsten der Ukraine ist Staatskunst statt Raketendiplomatie gefragt

Nun also doch. Auf den letzten Metern fasst die abgewählte Biden-Regierung einen womöglich folgenschweren Entschluss. Die Ukraine darf weitreichende US-Raketen abschießen, um Ziele in Russland zu treffen. Die erteilte Einsatzerlaubnis soll der von ukrainischen Truppen teilweise besetzten Region Kursk gelten, könnte aber auch darüber hinausgehen. Die Regierung Selenskyj will sie trotz hoher Verluste halten, um ein Faustpfand für Verhandlungen mit Russland zu haben. Die US-Entscheidung wird damit begründet, dass Moskau durch die Stationierung Tausender nordkoreanischer Soldaten eskaliere. Dem müsse man entgegentreten.

Die USA haben ab Herbst 2023 ihre ATACMS samt Trägersystemen in mehreren Tranchen geliefert. Sie gehören nun zum ukrainischen Arsenal wie britische Storm-Shadow- und französische SCALP-Raketen, die – von Flugzeugen abgefeuert – mit bis zu 300 Kilometern eine ähnliche Reichweite haben wie die US-Systeme. Mit diesen wirksamen, schwer abzufangenden Geschossen lassen sich feindliche Verbände und militärische Infrastruktur hinter der Front effektiv bekämpfen – je nach Bewaffnung auch mit Streumunition zum großflächigen Angriff auf Truppenteile. Selbst wenn die US-Raketen der Ukraine nur in begrenzter Stückzahl zur Verfügung stehen, kann das die russische Kriegsführung beeinträchtigen. Militärisch wäre das zwar kein Game Changer, aber es dürfte Russland Schaden zufügen. Die Falken-Faktion in Deutschland applaudiert und fordert die Bundesregierung auf, ihrerseits Taurus-Raketen an Kiew zu schicken. Schließlich sei Olaf Scholz immer im Gleichschritt mit Biden marschiert. An der strategischen Lage der Ukraine ändert dies absehbar nichts. Russland wird weder damit aufhören, die ukrainische Energie-Infrastruktur massiv anzugreifen und Städte zu bombardieren, noch davon abgehalten werden, an der Donbass-Front weiter

vorzurücken oder die Rückeroberung der Region Kursk voranzutreiben. Dazu wäre entschieden mehr Diplomatie notwendig.

Das viel kritisierte Telefonat von Scholz mit Wladimir Putin vor Tagen hat wohl ebenenem Zweck gedient. In der Bewertung beider Vorgänge gibt es die alten argumentativen Muster: Mehr Waffen wären für Kiews Verhandlungsposition von Vorteil, so das vorherrschende westliche Lager. Damit werde nur ein für die Ukraine nicht zu gewinnender Abnutzungskrieg verlängert, so die Minderheitenposition. Der Umfang der NATO-Hilfen bei der Ausbildung und Ausrüstung ukrainischer Soldaten wie auch die massive Assistenz bei der Aufklärung führen bisher nicht dazu, dass Moskau von seinen Zielen ablässt. Vielmehr sucht auch Russland Unterstützung von außen – und findet sie. Nordkorea ist dafür ein Beispiel. Nicht zuletzt China würde eine russische Niederlage (nach der es aktuell aber keineswegs aussieht) vermutlich zu verhindern suchen. Dies alles befördert keine Deeskalation.

Es ist wahrlich paradox: Diejenigen, die permanent eine unrealistische und falsche Politik befördert haben, beklagen nun, dass ihr Weg keinen Erfolg hat, und verlangen – more of the same. Bidens Last-Minute-Entscheidung ist der Versuch, noch vor der Amtsübergabe an Donald Trump Fakten zu schaffen. Mit Strategie hat das wenig zu tun. Zugleich erklärt Wolodymyr Selenskyj, der Anruf von Scholz bei Putin öffne die Büchse der Pandora. Sollten ernsthafte Gespräche in Aussicht stehen, die vielleicht zu einem Waffenstillstand führen, wäre der Ukraine viel geholfen. Nur ist dazu Staatskunst statt Raketen-diplomatie gefragt.



Die Verachtung der Diplomatie

H

ierzulande hat Diplomatie keinen guten Leumund (mehr). Sie wird mit Appeasement – also Be- schwichtigung, die einen Aggressor belohnt und zu weiteren Aggressionen ermutigt – gleichgesetzt und damit diffamiert und verunmöglicht. Zugleich setzen viele neuerdings unreflektiert und in erschreckender Eindimensionalität und Schlichtheit allein auf die Militärkarte. Diplomatische Mittel werden hingegen weitgehend aus dem Handlungskanon hinausverdammt. Wie konnte es so weit kommen?

Krieg ist nicht nur das ultimative Versagen von Politik, Krieg ist auch eine Quelle für Radikalisierung auf allen Ebenen. Selbst wenn der Einsatz militärischer Gewalt zu einem klaren politischen Zweck im Einzelfall ebenso verantwortbar sein kann, wie das Recht auf Selbstverteidigung grundsätzlich legitim ist: Der „Scheißkrieg“ (Helmut Schmidt) ist nie „Vater aller Dinge“ (so der vorsokratische Philosoph Heraklit), sondern Pate alles Schlechten.

Wohin das führen kann, war auch vor gut 100 Jahren sichtbar. Nicht nur der deutsche Generalstab, auch die bürgerliche Mitte und die Intellektuellen vertrauten 1914 auf militärische Lösungen und missachteten Diplomatie. Max Liebermann, Gerhart Hauptmann, Max Planck und später auch Thomas Mann bejahten die Kriegspolitik – mit womöglich besten Intentionen. Im September 1914 hatten rund 100 deutsche Intellektuelle einen „Aufruf an die Kulturwelt“ unterzeichnet, in dem die Einheit von Kultur und Militär postuliert wurde. Allein Hermann Hesse wies diese Kriegsrhetorik scharf zurück. In einem fulminanten Essay in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom November 1914 mit dem Titel „O Freunde, nicht diese Töne!“ argumentierte er, dass nicht der Krieg, sondern dessen Überwindung „nach wie vor unser edelstes Ziel“ sein müsse. Dafür gelte es, „Wege zu suchen, aber nicht mit dreinzuhausen (mit der Feder!) und die Fundamente für die Zukunft Europas noch mehr zu erschüttern“. „Kaliber-Experten“, die „mit Ausgelassenheit“ und „wachsendem Ehrgeiz immer neue Waffenlieferungen fordern“, nannte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese Spezies mit Blick auf den Ukraine-Krieg. Bezeichnend, dass er angesichts einer Empörungswelle später erklären ließ, er selbst habe sich über seine Formulierung geärgert.

Die „akademische Kriegsbegeisterung“ (so der Historiker Wolfgang Kruse) ist genauso problematisch wie das Verfallen von einem gesinnungsethischen Extrem ins andere. Interessanterweise sind es auch heute vornehmlich

bildungsburgerliche Schichten, die den Krieg moralisieren, ideologisieren und teilweise eine agitatorische Tendenz an den Tag legen. Dieser – oft wieder mit besten Intentionen – moralisierende Blick verunmöglicht aber jene politischen Lösungen, die es eines Tages wird geben müssen – und die ebenjene Diplomatie vorbereiten und schmieden muss. Das wusste schon der Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz in seinem Buch *Vom Kriege* aus dem Jahr 1832: „Hiernach kann Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.“

Die Zeit für Verhandlungen wird im Krieg gegen die Ukraine eines Tages ohnehin kommen, und die Frage lautet: Wann beginnen realistische diplomatische Initiativen, um das definierte Ziel zu erreichen? Die diplomatische Grundphilosophie könnte lauten: Solidarisch mit der Ukraine sein, aber zugleich russische Sicherheitsinteressen berücksichtigen und nicht auf einen unerreichbaren Sieg gegen Russland, sondern auf einen klugen Internessausgleich setzen. Tabu sollte sein, die Existenz der Ukraine als souveräner Staat infrage zu stellen. Verhandeln müsste man über dreierlei: erstens einen neutralen Status der Ukraine, der für Russland erträglich ist und zugleich Sicherheitsgarantien für die Ukraine enthält. Zweitens wird es territoriale Veränderungen in der Ukraine geben, die nicht völkerrechtlich anerkannt werden, aber doch als Modus Vivendi akzeptiert werden müssen. Drittens sollten Sanktionen als Gestaltungselement betrachtet werden, die bei Verhaltensänderung auch aufhebbar sein müssen.

Der heutige Bundespräsident Steinmeier diagnostizierte als Außenminister im September 2014 im Interview mit dem *Vorwärts* noch zu Recht, es gebe viele, „die das Werk der Zuspritzung perfekt beherrschen, und nur wenige, die sich tatsächlich um Entschärfung bemühen“. Es brauche in der Außenpolitik aber das vorsichtig tastende Agieren der Diplomatie gerade dann, wenn Lösungen nicht auf der Hand liegen. Sonst werde Außenpolitik ihrer Möglichkeiten beraubt. Eines der Missverständnisse der Debatte ist, zu glauben, dass Bekennnisse schon Diplomatie bedeuten. Miteinander zu telefonieren ist genauso wenig Diplomatie wie das Bestehen auf Maximalpositionen als Voraussetzung für Verhandlungen. Unvereinbare Positionen zu einer gemeinsamen Position zu schmieden: Das ist Aufgabe der Diplomatie! Wir sollten es wieder als vornehme begreifen.

Johannes Varwick

GRAFIK: DER FRITZAG

So wird das nichts

Ukraine-Konferenz Beim Treffen in der Schweiz ist Russland unerwünscht, China hat abgesagt. So steht ein Solidaritäts-, kein Friedensgipfel an

von Johannes Varwick

Auf vollen Touren laufen die Vorbereitungen zur lange angekündigten und hoch gehandlungsfähigen Ukraine-Konferenz Mitte Juni auf dem Bürgenstock an. Vierwaldstättersee. Das Treffen, als Friedenskonferenz ausgewiesen, geht auf den G7-Gipfel in Hiroshima im Frühjahr 2023 zurück, stößt aber auf erhebliche Hindernisse und lässt fragen: Wird dort tatsächlich über ein Ende des Krieges gegen die Ukraine verhandelt? Aus drei Gründen ist das zu bezweifeln: Russland bleibt ausgeladen, auch deshalb hat China inzwischen abgesagt. Zweitens meint die Ukraine weiterhin, die politischen Bedingungen durch Erfolg auf dem Schlachtfeld verbessern zu können. Drittens scheint im Westen (zumindest öffentlich) bisher niemand bereit zu sein, die ukrainischen Maximalpositionen mit einem realistischen Erwartungsmanagement und dem Drängen auf Kompromisse zu beeinflussen.

Inssofern wird es in der Schweiz eher um die gesinnungsthetisch motivierte Stärkung der diplomatischen Front gegen Russland gehen, nicht jedoch in verantwortungsthetischer Hinsicht um politische Lösungsversuche für einen inzwischen kaum noch lösbareren Konflikt. Die Themen, auf die man sich für die Konferenz geeinigt hat – humanitäre Fragen, nuklear Sicherheit, freie Schifffahrt, Ernährungssicherheit in Verbindung mit den Getreideausfuhren der Ukraine –, sind zwar allesamt wichtig, und es spricht nichts dagegen, sich darüber auszutauschen. Für den Kriegsverlauf spielen sie kaum eine Rolle, erst recht nicht für den Kernkonflikt zwischen Kiew und Moskau. Militärisch geschieht in der Ukraine zeitgleich das, was erwartbar war. Immer wenn deren Armee militärisch schwer unter Druck gerät, nimmt die Debatte um ein direktes Eingreifen westlicher Staaten Fahrt auf. Spätestens nach der Ankündigung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, keine Option mehr auszuschließen, wird in Paris und andernorts ernsthaft erwogen, rasch Hunderte Militärausbilder in die Ukraine zu schicken. Staaten wie Polen und Estland befürworten diese Debatte. Man kann sich leicht ausmalen, welche Eskalationen eintreten, wenn diese Kontingente in Kampfhandlungen verwickelt und Ziel russischer Angriffe würden.

Rote Linien werden definiert – und revisiert. Mit der nun von westlichen Staaten erteilten Erlaubnis, auch mit an die Ukraine gelieferten Waffen Zielen in Russland anzugreifen, fällt das nächste Tabu – nicht zuletzt für Deutschland. Im Berliner Kanzleramt formuliert man die Erwartung, dass

es sich dabei nur um Gegenschläge in der russischen Region Belgorod handeln werde. Tatsächlich hat Russland mit den jüngsten Angriffen auf das benachbarte Charkiw eine neue Front eröffnet, der die Ukraine relativ schutzlos ausgesetzt ist. Sie bindet schwindende Kräfte an einer mehr als 1.000 Kilometer langen Front. Andererseits hat die Ukraine mit Drohnenangriffen auf das russische Atomraketen-Frühwarnsystem im weit von der Front entfernten Arzawir (Region Krasnodar) mit dem Feuer gespielt. Sollte Russland auch nur befürchten, dass seine nukleare Zweitschlagsfähigkeit beeinträchtigt wird, wäre eine massive und schlimmstenfalls apokalyptische Zuspitzung denkbar.

Selenskyj sieht im Fernbleiben von Joe Biden „Applaus für Putin“

Stets das Risiko zu beherrschen, das darin besteht, aus einem regionalen bewaffneten Konflikt in einen großen Krieg in Europa („mission creep“) hineinzuschlittern, gehört zum kleinen Einmaleins der Sicherheitspolitik. Es ist zwar kein Naturgesetz, aber im Fall des Ukraine-Krieges sind die Mechanismen und Risiken wie in einem Lehrbuch sichtbar. Strategisches Ziel der ukrainischen Führung ist es ganz offenkundig, die NATO oder zumindest einige westliche Staaten direkt in den Krieg zu ziehen, aus Kiewer Sicht die Gewahr dafür, eine Niederlage abzuwenden. Das bisher deutlich formulierte Interesse der wichtigsten Unterstützer USA und Deutschland bestand darin, genau das zu verhindern. Dennoch tastet man sich mit dem als singular zu bezeichnenden militärischen Beistand („Boiling the frog“-Strategie) immer näher an diese Grenze heran.

In solcher Lage verstehst sich das Treffen in der Schweiz als maßgebliche politische Initiative. Die Regierung Selenskyj tritt mit ihrer „ukrainischen Friedensformel“ an – vollständiger Rückzug der russischen Truppen, Bestrafung von Kriegsverbrechern, Reparationszahlungen, rasche Integration in NATO und EU –, um dafür international eine möglichst breite Unterstützung zu



Neutrale Schweiz: Der Bus fährt nicht in Blau und Gelb hinauf zum Bürgenstock

mobilisieren. Dies zielt besonders auf eine Reihe von Schlüsselstaaten des globalen Südens, die bisher nicht so eindeutig auf Distanz zu Russland gingen, wie es sich die Ukraine und der Westen wünschen.

Nach Angaben der Schweizer Regierung sind 160 Einladungen ergangen, auf die es gut 100 Zusagen gebe. Es bleibt abzuwarten, wie wirksam die russische und die chinesische Diplomatie gegen eine Teilnahme argumentieren und ob dies durch westliche Gegenwehr neutralisiert werden kann. Die USA wollen hochrangig vertreten sein, freilich nicht mit dem Präsidenten. Wolodymyr Selenskyj kritisierte die Abwesenheit Joe Bidens bereits als „Applaus für Putin“ (ein weiterer Beleg für das Überziehen ukrainischer Politiker) und unterstrich damit paradoxe Weise die Ambivalenz einer Konferenz, die gut gemeint, aber schlecht gemacht das dringend gebotene Einfrieren eines Konflikts eher untergraben als befürdern dürfte. Die Friedenskonferenz auf

dem Bürgenstock wäre ein relativ wirksamer Etikettenschwindel.

Unter den gegebenen Umständen kann dieser Friedens- bestenfalls ein Solidaritätsgipfel sein, ein symbolischer Akt, der die politischen Fronten weiter verhärtet. So findet der Ansatz der Schweiz – traditionell eine geschätzte Organisatorin unparteiischer Vermittlung – inzwischen auch dort Kritik. Manche sprechen gar davon, dass

man sich zu sehr von Präsident Selenskyj habe vereinnahmen lassen. Der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis reagierte mit dem lauen Hinweis, es könne ja auf dem Bürgenstock auch darum gehen, wie man Russland für Gespräche gewinnen könnte.

Politische Minimalziele des Treffens müssten sein, dass erstens eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Russland verhindert wird und zweitens, die Ukraine diesen Krieg zu möglichst guten Bedingungen übersteht. Die Abwägung zwischen Eskalationsrisiken und Hilfen für die Ukraine bei ihrem Recht auf Selbstverteidigung ist anspruchsvoll und voller Dilemmata. Die angeführten Minimalziele sind essenziell. Was aber, wenn beide nicht gleichzeitig erreichbar sind?

Als Verräter geschmäht

Einen Ausweg zu finden, wäre die zentrale Aufgabe von Diplomatie – wenngleich wohl erst in einer „Post-Bürgenstock-Phase“. Hinter vorgehaltener Hand hört man aus westlichen Hauptstädten, dass es eine Diskussion über „Land gegen Frieden“ geben müsse und kaum jemand damit rechnet, dass die Ukraine ohne territoriale Veränderung aus diesem Krieg hervorgeht. Wer diese Erkenntnis schon früher vertrat, wurde noch als Verräter der Ukraine oder Schlimmeres diffamiert. Die jüngsten Verhandlungssignale aus Moskau (auch wenn bestritten wird, dass es sie überhaupt gibt) deuten darauf hin, dass ein Arrangement mit Russland machbar wäre, würde im Gezenzug ein wie auch immer gearteter Neutralitätsstatus der Ukraine vereinbart. Das mag aus ukrainischer und westlicher Sicht einstweilen inakzeptabel erscheinen. Nur wurde bislang die Lage nach jeder verspielten Verhandlungschance stets schlimmer. Und das besonders für die Ukraine. Solange derartige Überlegungen als „Siegfrieden auf Geheiß Russlands“ – so Kanzler Olaf Scholz – geschmäht werden, wird es keine Lösung geben.

Die mantrartige Betonung der „ukrainischen Friedensformel“ und das moralgetriebene „as long as it takes“ sind keine realistische Strategie. Natürlich muss ein politischer Kompromiss über den Tag hinausweisen. Unabhängig von der Ukraine-Frage wird es einen Modus Vivendi zwischen dem Westen und Russland geben müssen, durch den ihre Koexistenz in einem Kalten Krieg 2.0 möglichst belastbar und ohne Dauereskalation gestaltet werden kann. Dafür sind Optionen erforderlich, die Realitäten zur Kenntnis nehmen, statt Durchhalteparolen als Politik zu verkaufen. Schweizerinnen und Schweizer bitten übernehmen.

Noch ein Brandbeschleuniger

Terror Die Debatte über Täter und Drahtzieher des Anschlags wird zwischen Moskau und Kiew sogleich Teil der Kriegsführung

von Johannes Varwick

Es war zu erwarten, dass der blutige Terroranschlag von Krasnogorsk bei Moskau rasch durch das Prisma des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine betrachtet wird. Obwohl sich ein Ableger des Islamischen Staates (IS) zu den Anschlägen bekannte und sogar Videos – also Täterwissen – veröffentlichte, war davon in der öffentlichen Lesart Moskaus zunächst nicht die Rede. Vielmehr wurde bekannt gegeben, dass vier aus Tadschikistan stammende Tatverdächtige auf russischem Staatsgebiet festgenommen wurden – auf der vermeintlichen Flucht in Richtung Ukraine. Deren Präsident Wolodymyr Selensky ätzte umgehend: „Putin und andere Drecksäcke versuchen immer, einen anderen Schuldigen zu finden.“

Terrorakte in dieser Dimension zwingen jede Regierung zu einschneidenden Maßnahmen. Mit bisher 140 Toten und einer großen Zahl an Verletzten war es der schwerste Anschlag in Russland seit dem Überfall auf eine Grundschule im nordossetischen Beslan von 2004, als 332 Opfer zu beklagen waren, darunter 176 Kinder. Der russische Staat reagierte auf Verbrechen dieser Art zumeist mit großer Härte. Als im Sommer 1999 in Moskau Wohnhäuser in die Luft gesprengt wurden und die genaue Zahl der Toten nie endgültig zu ermitteln war, ließ sich Wladimir Putin – damals noch Ministerpräsident – mit dem Satz zitieren: „Wenn sie, Entschuldigung, auf der Toilette sind, werden wir sie auf dem Klosett kaltmachen.“ In jener Zeit begann der zweite Tschetschenien-Krieg.

Auch Putins Reaktion als kurz darauf ins Amt gekommener Präsident auf die Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater vom Oktober 2002 war entsprechend und führte zu einer Stärkung seiner Machtbe-

fugnisse im Inneren. Seit Russland den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad unterstützt und Luftangriffe gegen Dschihadisten in Syrien fliegt, wurde Moskau nicht zuletzt deshalb zum potenziellen Ziel des Islamischen Staates.

Im Augenblick sorgen sich auch Frankreich und Deutschland wieder mehr wegen möglicher islamistischer Anschläge. Emmanuel Macron hat nach dem Attentat bei Moskau die höchste Terrorwarnstufe ausgerufen. Laut Innenministerin Nancy Faeser gehe vom IS-Ableger Provinz Khurasan (ISPK) in Deutschland die größte islamistische Bedrohung aus. Ein vereitelter Anschlag auf den Kölner Dom vom Januar wird dieser Gruppe zugerechnet, sie soll zudem in Afghanistan, Pakistan, in der Türkei und im Iran aktiv sein.

stellt der Anschlag für Russland eine so womöglich unerwartete Bedrohung dar. Sie könnte dazu führen, dass sich der Fokus des Sicherheitsapparates vermehrt auf den islamistischen Terrorismus richten muss. Das Schutzversprechen des Kremls an die eigenen Bürger – bereits kurzzeitig erschüttert durch den Prigoschin-Aufstand im Juni 2023 – dürfte verstärkt zu repressiven Maßnahmen führen. Dass ein mit Terror im Inneren beschäftigter Staat die Aussichten für die Ukraine in ihrem Abwehrkampf verbessert, ist nicht zu erwarten.

Wer auch immer die Täter und Urheber des Anschlags sein mögen – die Debatte darüber wird umgehend instrumentalisiert und in Moskau wie Kiew zum Teil der Kriegsführung. Auch wenn Wladimir Putin inzwischen erklärt hat, dass der Terroranschlag von Islamisten ausgeführt worden sei, stehen seine kryptischen Andeutungen im Raum, wonach die Ukraine „ein Fenster zur Überquerung der Staatsgrenze vorbereitet“ habe. Dies lässt vermuten, dass mit einem Narrativ zu rechnen ist, das eine Lesart der Ereignisse bedient, wonach der Westen Russland schwächen wolle und bereits früher Terroristen aus dem Kaukasus unterstützt habe.

Ausgesprochen heikel für die Regierung in Moskau ist, dass es offenbar US-Geheimdienstinformationen gab, nach denen ISPK-Anschläge in Russland drohen könnten, dies allerdings als Desinformationskampagne gewertet wurde. Kurz vor dem Anschlag ließ aufhorchen, dass Kreml-Sprecher Dmitri Peskov die Semantik drastisch änderte. Was als „militärische Spezialoperation gegen die Ukraine“ begann, ließ er wissen, habe aufgrund der westlichen Unterstützung für den Gegner „die Form eines Krieges gegen den kollektiven Westen“ angenommen. Insofern sollte der Anschlag bei Moskau als ein weiterer Anstoß dafür begriffen werden, den Krieg in der Ukraine durch Verhandlungen und einen politischen Kompromiss zu beenden, um derartigen Risiken weiterer Eskalation vorzubeugen, die jederzeit außer Kontrolle geraten könnte. Der Westen sollte schließlich die Initiative ergreifen.

Attentat und Angriffe: das sind alles andere als unverbundene Ereignisse

Russland bombardierte am Wochenende der Trauer um die Toten in der „Crocus City Hall“ abermals Kiew, Charkiw im Osten, Lwiw im Westen und Odessa im Südosten der Ukraine, um wiederum besonders die regionale Energieinfrastruktur zu treffen. Dabei drang eine russische Drohne offenbar kurz in den polnischen Luftraum ein. Die Ukraine vermeldete ihrerseits Raketenangriffe auf den Hafen Sewastopol, wo ein Teil der russischen Schwarzmeerflotte stationiert ist. Attentat und Angriffe – auf den ersten Blick unverbundene Ereignisse – zeigen, wie sehr der Krieg im Osten die sicherheitspolitische Agenda in einer Weise bestimmt, die höchst brisant ist. Schließlich

Siehe dazu auch Seite 9



ILLUSTRATION: THOMAS LINDNER FÜR DIE PEGIDA

Deutsche Soldaten an die Front?

Eskalation Die Ukraine will die Nato immer stärker in den Krieg ziehen. Verständlich, aus ihrer Sicht. Aber dann mal Klartext

■ Johannes Varwick

Der Krieg in der Ukraine droht außer Kontrolle zu geraten und ein „nukleares Armeegeddon“ (Joe Biden) ist inzwischen alles andere als undenkbar. Den UkrainerInnen gelingt es zwar, durch das Zusammenziehen von Kräften sowie milliardenschwere westliche Waffenlieferungen und Unterstützung bei Ausbildung, Aufklärung und Zielerfassung lokale Durchbrüche zu erzielen. Auch ist die Ukraine offenkundig zu Aktionen wie der massiven Beschädigung der Krimbrücke in der Lage. Die Eskalationsdominanz liegt jedoch bisher auf russischer Seite.

Was aber bedeutet Eskalationsdominanz? Es meint die Fähigkeit, auf jeden Schritt eines Gegners mit einer Eskalation auf einer höheren Stufe antworten zu kön-

nen. Vorausgesetzt, die Ressourcen, Fähigkeiten und Intentionen sind vorhanden. Russland kann den Krieg in der Ukraine eskalieren lassen und wird ihn wohl bei Bedarf eskalieren lassen – hybrid, konventionell und (wenngleich unwahrscheinlich) nuklear. Es kann damit massiven Schaden in der Ukraine anrichten, wie wir in den vergangenen Tagen gesehen haben.

Doch was ist die Strategie der Ukraine, der all das bewusst sein dürfte? Es ist wahrscheinlich, dass es ihr darum geht, den Westen mit in den Krieg zu ziehen und ihn dadurch für sich zu entscheiden – und zwar nicht nur durch massive Waffenlieferungen, sondern auch durch das Provozieren einer bewussten Eskalation, selbst unter Inkaufnahme massiver eigener Opfer. Anders formuliert: Es reicht nicht, auf die Eskalationsdominanz Russlands hinzuweisen, man muss auch die „Interaktion“ in diesem Paradigma in den

Blick nehmen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

Der ukrainische Präsident hat wiederholt gesagt, für ihn gäbe es nichts mit Putin zu verhandeln. Das Ziel, die volle Souveränität über das gesamte ukrainische Staatsgebiet inklusive der Krim wiederherzustellen, ist völkerrechtlich legitim. Es verunmöglich aber einstweilen eine politische Lösung des Konfliktes und ist das sichere Ticket in einen jahrelangen, verlustreichen Abnutzungskrieg oder eben in einer am Ende auch nukleare Eskalation. Die Nato hat zwar mehrfach erklärt, sie wolle nicht Kriegspartei sein und werden, die Ukraine sieht das aber offenkundig anders.

Dort hat seit 2019 der Nato-Beitritt Verfassungsrang. Neun osteuropäische Staaten haben unlängst den jüngsten Eilantrag des ukrainischen Präsidenten zur Aufnahme seines Landes in die Nato unterstützt. Um es klar zu sagen: Sind sie erfolgreich,

dann müssten auch deutsche Soldaten für die Ukraine in den Krieg ziehen. Nach den von Osteuropäern ausgehenden früheren Forderungen nach einer Flugverbotszone der Nato über der Ukraine und der zeitweisen litauischen Teillokade von Transitrouten nach Kaliningrad ist diese Initiative der dritte und bisher weitreichendste Versuch, die Nato unmittelbar in den Krieg hineinzuziehen.

So verständlich das alles aus ukrainischer Perspektive, das Opfer in diesem Stellvertreterkrieg geworden ist, sein mag, so wenig liegt diese Strategie in deutschen Interessen. Vielmehr gilt es innezuhalten und über einen realpolitischen Interessenausgleich mit Russland nachzudenken, nicht über die Köpfe der Ukraine hinweg, aber doch auf der Basis einer unterschiedlichen Interessenslage. Das wird nicht zu sofortigem Frieden führen, aber wir sollten uns nicht von einer gefährlichen Eskalati-

onsdynamik mitreißen lassen. Haben wir wirklich den Willen und die Mittel, die russischen Ziele in der Ukraine zu durchkreuzen, und falls ja: welchen Preis wollen wir dafür zahlen?

Es wird nach der heißen Phase dieses Krieges zwei revisionistische Mächte in Europa geben, die sich feindlich gegenüberstehen. Wie man das löst, müssen wohl andere Generationen entscheiden. Unsere Aufgabe ist es erst einmal nicht in einen unkalkulierbaren, möglicherweise nuklearisierten Krieg mit Russland zu geraten. Die Zeit für Verhandlungen wird eines Tages ohnehin kommen und es gilt jetzt darüber nachzudenken, wie wir uns das Ende des Krieges vorstellen und wann diplomatische Initiativen beginnen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir sollten an der Seite der Ukraine stehen, aber keine unverantwortliche Eskalationsstrategie unterstützen.

Irrwege führen an einer Waffenruhe vorbei

Verhandlungsgebot Die Kiewer „Friedensformel“ ist ein gesinnungsethischer Maximalismus, aber keine realistische Strategie

von Johannes Varwick

Durchhalteparolen ersetzen keine Politik, doch nach zwei Jahren russischen Angriffs- und ukrainischen Verteidigungskrieg stellt sich ein anderer Eindruck ein. Russland hat Normen des Völkerrechts verletzt, was zu Recht Empörung und Widerstand hervorgerufen hat. Nur leider geht dabei zusehends der Blick für politische Initiativen verloren, die mit Realismus und Pragmatismus einen Ausweg aus der Lage bieten. Das sicherheitspolitische Establishment des Westens überbielt sich geradezu mit Solidaritätsbekundungen, ohne auch nur in Erwägung zu ziehen, dass sich zentrale Fragen – etwa die Vorgeschichte des Konflikts, die Sinnhaftigkeit von Waffenlieferungen, die militärische Lage, die Eskalationsrisiken und Verhandlungsansätze – sehr unterschiedlich bewerten lassen. Auch das soeben unterzeichnete „Sicherheitsabkommen“ zwischen Deutschland und der Ukraine ist ein Signal der Entschlossenheit, liefert aber kaum realistische Lösungswege und bietet keinerlei Perspektive für Verhandlungen.

Die westliche Strategie zielt darauf ab, die Verhandlungsposition der Ukraine durch Erfolge auf dem Schlachtfeld zu verbessern. Das ist völkerrechtlich legitim und moralisch verständlich. Sicher ist jedoch, dass die mit unrealistischen Erwartungen verbundene Offensive der Ukraine im Vorjahr gescheitert ist und stattdessen deren Armee an der Front schwer unter Druck steht. Zugleich hat aktuell keine Seite die Fähigkeit, einen schnellen militärischen Sieg über die andere zu erzielen. Russland nicht, weil Russland weiterhin ein hohes Durchhaltevermögen und die Eskalationsdominanz vorweisen kann. Das ist angesichts der düsteren Prognosen der ersten Kriegswochen durchaus ein Erfolg für die Ukraine, freilich einer, der mit hohen Opferzahlen, erheblicher Zerstörung des Landes und vollkommenem Abhängigkeit von externer politischer, finanzieller und militärischer Hilfe verbunden ist.

Kriegserfolge sind relativ

Die entstandene Pattsituation ist womöglich geeignet, Vorspiel für ein Szenario zu sein, bei dem der Krieg in der Ukraine in einen Krieg um die Ukraine umschlägt – und damit in eine direkte Konfrontation zwischen der NATO oder einzelnen NATO-Staaten und Russland münden kann. Dies wäre einerseits bei einem Sieg der Ukraine denkbar, wenn Russland in einer solchen Lage tatsächlich bis hin zum Einsatz von Nuklearwaffen eskaliert. Andererseits wäre ein ausfordernder Konflikt ebenso bei einem sich abzeichnenden Sieg Russlands vorstellbar. Dann ließe sich zumindest nicht ausschließen, dass einzelne NATO-Staaten der Ukraine mit eigenen Soldaten zu Hilfe kommen, um deren kompletten Zusammenbruch zu verhindern.

Aus diesen Überlegungen folgt, dass es keine verantwortbare Alternative zu Verhandlungsinitiativen gibt, die auf präventive Eskalationsverhinderung bedacht sind. Dass diese monumentalen Schwierigkeiten gegenüberstehen, die selbst bei gutem Willen nicht einfach beiseitezuräumen waren, ist richtig. Weder Russland noch die Ukraine wollen derzeit verhandeln. Aber die gängige Annahme, nach der Kriegsparteien der Aufnahme von Friedensverhandlungen nur dann zustimmen, wenn die Zeit dafür „reif“ ist – sie also selbst erkennen, in einem für beide Seiten schädlichen Patt auf dem Schlachtfeld gefangen zu sein –, greift dennoch zu kurz. Dagegen sprechen allein die einst weit gediehenen Istanbul-Verhandlungen vom März 2022, die eine Neutralität der Ukraine und einen Rückzug der russischen Invasionstruppen auf Positionen vor dem 24. Februar 2022 vorsahen. Das Scheitern dieser Annäherung ist bis heute nicht vollständig ergründet. Ernsthafte Verhandlungen müssten von den Zielen beider Seiten ausgehen. Die ukrainischen bestehen im

vollständigen Rückzug der russischen Truppen, der Bestrafung von Kriegsverbrechern und Reparationszahlungen sowie in einer raschen Integration in NATO und EU.

Die russischen sind weniger eindeutig und umfassen neben der Verhinderung eines ukrainischen NATO-Beitritts entweder den Sturz der ukrainischen Regierung oder aber die Annexion der im September 2022 zu russischem Staatsgebiet erklärt vier ukrainischen Oblaste Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson plus der bereits in die Russische Föderation eingegliederten Krim. Eine aus Sicht der Konfliktparteien definierte Ideallösung ergäbe sich nur, wenn sie ihre Interessen jeweils vollends durchsetzen würden, was nicht der Realität entspricht. Weder kann Russland die gesamte Ukraine unterwerfen, noch ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass die Ukraine all ihre Territorien von russischer Besatzung befreit. Wer sich dann die „ukrainische Friedensformel“ vorbehaltlos zu eignen macht, der lässt den nüchternen Blick für das Machbare vermissen – der stellt weder die weiter abschönen hohen Opferzahlen noch die politischen und militärischen Eskalationsrisiken noch die tatsächliche Erreichbarkeit der Ziele hinreichend in Rechnung. Die ukrainische Friedensformel ist in gewisser Weise eine gesinnungsethische Maximalposition und utopische Siegesformel, aber keine durchsetzungsfähige Strategie.

Der Krieg in der Ukraine kann übergehen in einen Krieg um die Ukraine

Notwendig wären vielmehr – auf der Basis einer klaren politischen Verurteilung des russischen Verhaltens – Überlegungen und Optionen für eine Waffenruhe, die auch stärker an die bisherigen diplomatischen Initiativen aus anderen Teilen der Welt anknüpft. Dies bedeutet keineswegs „einen Diktatfrieden auf Geheiß Moskaus“ (Kanzler Scholz) zu akzeptieren. Allerdings wäre etwa ganz anders über die komplexe Frage von Sicherheitsgarantien als in den bisherigen Sicherheitsabkommen zu verhandeln. Garantien müssen natürlich wirksam sein, damit sie für die Ukraine akzeptabel sind, aber auf keinen NATO-Beitritt durch die Hintertür hinauslaufen, wenn sie Russland akzeptieren soll. Ein anderes Beispiel sind die höchstbrisanten Fragen territorialer Veränderungen. Selbstverständlich wäre es unakzeptabel, Russland quasi en passant einen Teil der Ukraine zu überlassen und damit das Zielen neuer Grenzen per militärischer Gewalt zu belohnen. Deshalb sind Ideen überlegenswert, wie territoriale Fragen im Konsens der Beteiligten entschieden werden können, etwa in Form von internationalen beaufsichtigten Referenden.

Das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses kann niemand vorhersagen, aber eine „Erst muss die Ukraine gewinnen, und dann „Schau uns mal“-Strategie ist nicht zielführend. Wer eine Lösung will, der muss Russlands rote Linien beachten – oder auf eine russische Niederlage setzen und ein Preischild dränkeln. Eine politische Lösung kann nicht nur auf Gerechtigkeit achten. Sie muss auch Schadensbegrenzung betreiben, Stabilität und ein Austarieren konkurrierender Interessen fördern. Wenn Verhandlungen vorausschauend eine Eskalation verhindern sollen, gilt es zu erkennen, dass sich die Grundlagen des Konflikts in den kommenden Monaten und Jahren nicht positiv verändern werden. Die Kosten des Kriegs hingegen dürften sich mit jedem weiteren Tag vervielfachen und können rasch außer Kontrolle geraten. Verhandlungen sind voraussetzungreich, mühsam und ohne Erfolgsgarantie. Die Lösung auf dem Schlachtfeld zu suchen, ist keine verantwortbare Alternative.

Johannes Varwick ist Lehrstuhlinhaber an der Universität Halle-Wittenberg

„Das ist kein lokaler Konflikt“

Im Gespräch Wann endet dieser Krieg? Die Ukraine sollte das nicht alleine bestimmen, meint der Politologe Johannes Varwick. Doch, entgegnet die Historikerin Susanne Schattenberg

Es scheint, dass der vermaledete Krieg Russlands gegen die Ukraine noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern könnte. Andererseits hat er in den einenhalb Jahren seines Bestehens schon so viel überraschende Wendungen genommen, dass man mit Prognosen vorsichtig sein sollte.

der Freitag: Frau Schattenberg, was hat Sie am Krieg bisher am meisten überrascht?

Susanne Schattenberg: Am Krieg hat mich immer noch am meisten der Krieg selber überrascht, weil ich nicht für möglich gehalten hätte, dass er in Wladimir Putins Kalikühl gehörte. Wie die meisten Russland- oder auch Sicherheitsexperten bin ich davon ausgegangen, dass ihm die eingeführten Konflikte reichen. Vor allem für seine Innenpolitik. Ich bin immer noch der Meinung, dass es Putin mehr um sein Regime ging als um außenpolitische Ziele. Überrascht hat aber auch mich, wie gut die ukrainische Armee standgehalten hat.

Der Zustand der russischen Armee hat Sie dagegen nicht überrascht?

Schattenberg: Wenn man die Geschichte der sowjetischen Streitkräfte kennt oder auch die der Korruption in Russland, ist es nicht so erstaunlich, wie schlecht die russische Armee vor allem in den ersten Wochen und Monaten agiert hat, unkoordiniert, wenig moderne WaffenSysteme.

Und Sie, Herr Varwick?

Johannes Varwick: Auch mich hat überrascht, dass die Ukraine gegen die russische Aggression so gut standhält; da habe ich mich offen gestanden geirrt. Der zweite Punkt, der mich überrascht hat, ist die Risikobereitschaft des Westens, seine massive Unterstützung. Das geht weit über Waffenlieferungen hinaus; wir bilden ukrainische Soldaten in großer Zahl aus, wir liefern detaillierte Daten zur Zielerfassung. Wir sind, auch wenn das völkerrechtlich nicht so genannt wird und politisch tabuisiert ist, faktisch Kriegspartei.

Frau Daigelen von der Linkspartei hat ja ein Gutachten beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages in Auftrag gegeben, um zu klären, ob wir nun wirklich Kriegspartei sind. Ist das nur eine rhetorische Frage oder hätte das Folgen?

Varwick: Völkerrechtler sind flexibel und finden darin Konstruktionen zu finden. Für mich ist das keine völkerrechtliche Diskussion. Natürlich hat die Ukraine ein Recht auf Selbstverteidigung und wir sollten sie dabei unterstützen. Aber in der Art und Weise, wie wir sie unterstützen, liegen wir uns in die Tasche, wenn wir argumentieren, wir seien nicht Kriegspartei. Wo endet das denn? Nicht doch im Krieg mit Russland? Möglicherweise ist er auch unvermeidbar. Und doch finde ich, dass wir zu wenig dafür tun, ihn zu verhindern.

Schattenberg: Ich sehe die Bundesrepublik und die anderen westlichen Unterstützer nicht als Kriegspartei. Ich würde das auch

nicht nur völkerrechtlich herleisten wollen, sondern – als Historikerin – tatsächlich aus der Geschichte. Im Kalten Krieg gab es einen stillschweigenden Konsens. Es war gang und gäbe, dass die USA und die UdSSR die Staaten, mit denen sie hier waren oder auch nur sympathisierten, mit Waffen, Militärbemühern, materiellen Hilfen, Infrastruktur und anderem mehr ausgestattet haben – ohne dass dies tatsächlich als Teilnahme am Krieg gewertet wurde.

Russland denkt heute aber, dass es im Krieg mit dem Westen ist. Glauben Sie denn, dass sie sich gleichwohl noch an den stillschweigenden Konsens halten, den Sie gerade skizzieren haben?

Schattenberg: Ich denke schon, dass Putin und sein Sicherheitsrat darauf setzen, dass dieses unterschriebene Gesetz aus dem Kalten Krieg gilt. Solange es kein direktes Aufeinandertreffen gibt, wird es nicht zum Einsatz von Atomwaffen kommen. Ich denke, dass im Kreml immer noch unterschieden wird, was Politik ist und was Propaganda. Propaganda sowohl für die eigene Bevölkerung als auch für die internationale Welt, vor allem für den Globalen Süden.

Varwick: Wir erhöhen die Temperatur unmerklich, in der Hoffnung,

dass der Frosch nicht merkt, wenn es für ihn zu heiß geworden ist. Wir tun heute Dinge, die vor 16 Monaten ausgeschlossen wurden, weil man gesagt hat, das kann nur im Krieg mit Russland munden. Ich glaube, wir sollten noch mal genauestellen, was unsere strategischen Ziele sind und mit welchen Mitteln wir sie erreichen können.

Das setzt auch voraus, dass wir diese roten Linien noch mal ernsthafter mit uns selber abmachen.

Ich bin kein Prophet, aber wenn es im Lauf des Herbstes oder im nächsten Frühjahr zu einer Situation kommen sollte, in der die Ukraine zusammenbricht, dann sollten wir vorbereitet sein. Unterstützen wir sie dann nicht doch mit eigenen Soldaten, sodass die allerletzte rote Linie fällt?

„Putin wird ein „frozen conflict“ nicht zufriedenstellen“

S. Schattenberg

Schattenberg: Die Strategie, den Frosch im Wasserglas so langsam zu erhöhen, dass er nicht merkt, dass er gerade umkommt, sehe ich eher aufseiten Russlands. In seinem Versuch, die neo-imperialistische Politik auszudehnen, setzte es darauf, dass der Westen alles tut, um nicht in einen Konflikt zu kommen. Das wurde deutlich mit der Annexion der Krim und De-



„Nicht ausgeschlossen, dass die Ukraine irgendwann zu dem Punkt kommt und sagt: Es sind keine Ressourcen mehr da“

stabilisierung des Donbass. Der Westen hat sehr milde reagiert, auch die Ukraine hat versucht, sich weiterhin mit Russland zu eignen, bis zum Schluss unter Wolodymyr Selenskyj. Die rote Linie hat der Kreml am 24. Februar 2022 übergeschritten.

And nun?

Schattenberg: Meiner Meinung nach wäre es fatal, diesen Konflikt als einen regionalen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zu betrachten. Ich glaube, es geht hier wesentlich darum, wie europäische Sicherheitspolitik aussehen und die globale Sicherheitsordnung weiter gestaltet werden kann. Man muss sich verschiedene Szenarien überlegen. Was passiert, wenn die Ukraine siegt? Was, wenn sie verliert? Und was momentan an wahrscheinlichkeiten scheint: Was passiert, wenn dieser Krieg sich noch Jahre, eventuell Jahrzehnte fortsetzen sollte?

Dieser Meinung scheint auch die Bundesregierung zu sein, es gibt Äußerungen von Scholz in diese Richtung. Da frage ich mich: Wenn das so ist, warum arbeitet man nicht doch auf eine Einfrierung des Konfliktes hin, Herr Varwick?

Varwick: Weil es derzeit politisch nicht gewollt ist. Weil man glaubt,

Susanne Schattenberg
(geb. 1969) ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen. 2022 erschien von ihr eine Geschichte der Sowjetunion im C.H. Beck Verlag

da ist, dass dieser Konflikt nicht nur unlösbar ist, sondern die einzige Option in einem Einfrieren besteht. Das ist keine Lösung, die mir gefällt. Aber wie lange braucht es noch und wie viele Opfer braucht es noch, damit die Politik das einstieht?

Schattenberg: Ich denke, dass die Entscheidung dafür bei der Ukraine liegen muss. Und ich halte es auch für ausgeschlossen, dass sie irgendwann zu dem Punkt kommt und sagt: Es sind keine Ressourcen mehr da. Weder Soldaten, die man noch mobilisieren kann, noch ist die Bevölkerung zu weiteren Opfern bereit.

Warum dann nicht lieber früher als später?

Schattenberg: Das ist eine extrem grausame Entscheidung, weil klar ist, dass die Menschen in den besetzten Gebieten kein friedliches Leben haben werden. Sicherlich gilt es Leute, die sich irgendwie arrangieren und weitestgehend ein normales Leben förführen, aber angesichts der Verschleppung von Kindern, der Foltergefängnisse, der Zerstörung von Kulturgütern muss befürchtet werden: Da, wo die russische Armee steht, wird ukrainisches Leben, ukrainische Kultur und Sprache vernichtet werden.

Varwick: Meiner Auffassung nach ist es nicht richtig zu sagen, dass die Ukraine alleine entscheiden soll, wann der Krieg endet. Wir sind dafür verantwortlich, dass die Ukraine bisher überhaupt standgehalten hat. Und wir sind massiv betroffen von diesem Krieg. Daraus resultiert die Verantwortung, dass wir auch unseren eigenen Interessen gemäß handeln und nicht nur in einer Art Nibelungenentreue verharren. Ich kenne überhaupt keinen Fall in der internationalen

Politik, wo gesagt wird, das muss ein Staat ganz alleine entscheiden. Ich möchte einen Vergleich ins Spiel bringen, der selten gezogen wird, vielleicht auch, weil dabei Äpfel mit Birnen verglichen werden. Aber wir haben ja den Nahostkonflikt, der im Grunde genommen auch eingefangen ist. Und da hier auch gegen Völkerrecht verstößen wird, kann es dem „Werte“-Westen nicht gefallen.

Aber es gibt nun einmal keine ideale Lösung, das ist der „Realismus“ dieser Haltung.

Varwick: Wir haben auch andere Fälle von eingefangenem Konflikt. In den USA wird intensiv diskutiert, dass Korea seit Jahrzehnten in einem „frozen conflict“ steckt, der natürlich für die Nordkoreaner schrecklich ist. Aber wir müssen doch gucken, was machen, was realistisch ist. Um es noch einmal klar zu sagen: Natürlich bin ich dafür, dass Russland möglichst schnell abzieht und gewissermaßen seinen Irrweg erkennen. Aber das ist doch keine realistische Annahme im Moment.

Schattenberg: Für mich werden hier durchaus Äpfel mit Birnen verglichen. Denn anders als im Nahostkonflikt geht es ja nicht darum, dass sich zwei Nationen

„Wir sollten die letzte rote Linie ernsthaft bedenken“

J. Varwick

Beitrag 13: Panzerlieferung in die Ukraine

Politik

F+ Panzerlieferungen in die Ukraine: Salamitaktik von Olaf Scholz

Die Bundesregierung liefert jetzt also doch Schützenpanzer in die Ukraine. Scheibchenweise wird die politische Grenze des Möglichen im Ukraine-Krieg verschoben. Doch was ist das Ziel einer solchen Taktik?

Von [Johannes Varwick](#)
10.01.2023



Nun also doch deutsche Panzer. Was monatelang als unverantwortliche Eskalation galt, wird heute als sinnvolle Unterstützung der Ukraine verkauft. Die Lieferung von deutschen, amerikanischen und französischen Schützenpanzern ist insofern ein Tabubruch – dem vermutlich weitere folgen werden. Nicht nur aus der Ukraine wird gefordert, jetzt nicht nur westliche Schützenpanzer wie Marder, Bradley oder AMX-10 zu schicken, sondern dem die Lieferung von echten Kampfpanzern wie Leopard II folgen zu lassen. Eine Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland ist dabei ebenso eingepreist, wie die nachhaltige Lieferung von Munition, der Aufbau einer belastbaren Logistikette und Wartungen des Geräts. Denn in der Tat sind Schützenpanzer ohne Kampfpanzer wie Fußball ohne Stürmer oder wie Nägel ohne einen Hammer. Wer also einer rein militärischen Logik folgt, der kann oder muss zu diesem Ergebnis kommen.

Und wenn man schon dabei ist, dann dürften auch Kampfflugzeuge, Kampfdrohnen oder Kriegsschiffe – so jedenfalls die schon lange geäußerte Forderung der Ukraine – nicht mehr tabuisiert werden. Und der Resonanzbogen für solche Forderungen in der deutschen Debatte nimmt zu. „Wer von der Sorge fabuliert“, es werde mit bestimmten Waffenlieferungen „eine rote Linie gegenüber Russland überschritten“, der erzähle „die Geschichte des Aggressors, nicht die der Opfer“, behauptete etwa die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Marie-Agnès Strack-Zimmermann. „Stehen zu bleiben ist falsch“, sekündiert die grüne Vizepräsidentin des Bundestages, Göring-Eckardt.

Empfehlung der Woche

Buch Event Film Ausstellung



Pläne und Träume – Gezeichnet in der DDR

Tchoban Foundation. Museum für Architekturzeichnung

Vom 24. Mai bis 7. September 2025
Ort: Christinenstraße 18a, 10119 Berlin

Eintritt: 6 € (ermäßigt: 4 €) | bis 18 Jahre frei!

[Zur Empfehlung](#)

In dieser Logik ist es dann wohl nur eine Frage der Zeit, bis auch Forderungen nach einer Flugverbotszone oder womöglich auch der Einsatz von westlichen Bodentruppen ins Spiel gebracht werden. Denn genau das wäre die Konsequenz, der Ukraine alles an Unterstützung zu geben, was möglich ist: Whatever it takes! Die Fokussierung auf das Vermeiden eines Dritten Weltkrieges, so etwa der Sicherheitsexperte Joachim Krause, dürfte die Ukraine bald in eine unhaltbare Lage bringen und deshalb müssten vermeintliche Tabus fallen. Mit dieser Salamitaktik sind mithin heute Dinge möglich, die zu Beginn des Krieges als ausgeschlossen galten. Zeitenwende als Wurstprodukt.

Der Preis für einen Kompromiss in der Ukraine

Bundeskanzler Scholz betonte, die Entscheidung zur Lieferung der Schützenpanzer sei in enger Abstimmung mit den USA und anderen westlichen Partnern getroffen worden. „Wir werden – so wie in der Vergangenheit – immer vorne dabei sein, wenn es um den Umfang und auch die Qualität der Lieferungen geht, die wir organisieren.“ Zugleich bekräftigte er, dass dieser Krieg nicht zu einem Krieg zwischen Russland und der Nato werden dürfe.

Über das politische Ziel erfährt man hingegen wenig. Will man wirklich die Ukraine erüchtigen, ihr Territorium inklusive der Krim zurückzuerobern? Wer etwa die Rede von Selenskyj im amerikanischen Kongress gehört hat, der kann keinen Zweifel daran haben, dass es der Ukraine nicht um einen tragfähigen Kompromiss, sondern um Sieg gegen Russland geht. Das mag aus ukrainischer Perspektive sogar verständlich sein. Verantwortliche Politik überlegt aber, zu welchem Preis das möglich wäre.

So verständlich die Unterstützung der Ukraine ist, so unverantwortlich ist es, der Ukraine bedingungslos in ihrer „Sieges-Rhetorik“ zu folgen und das mit zunehmenden Waffenlieferungen zu befeuern. Wie etwa jüngst Ivo Daalder und James Golgeier in Foreign Affairs schrieben, wird der Abzug russischer Truppen aus dem gesamten Territorium der Ukraine selbst mit größerer westlicher Militärhilfe äußerst schwierig sein. Ein solches Ergebnis zu erzielen, riskiere zudem, einen direkten Krieg zwischen der Nato und Russland zu beginnen, ein „Weltuntergangsszenario“.

Westliche Waffenlieferungen sind also weiterhin ein Ritt auf der Rasierklinge und die Gratwanderung zwischen militärischer Unterstützung der Ukraine und dem Willen zum Nichteintritt in den Krieg wird damit schrittweise schwieriger. Wer eine komplette Niederlage Russlands zum Ziel bzw. als Voraussetzung für eine Friedenslösung erklärt, der landet letztlich im Krieg mit Russland – gewollt oder ungewollt. Solidarität mit der Ukraine ist keine Frage von möglichst vielen und schweren Waffenlieferungen, sondern eine Frage des Grades der diplomatischen Initiativen, mit unpopulären, aber realistischen Gedanken diesen Krieg zu beenden. Die Panzerdebatte geht also in eine falsche Richtung. ¶

Einfrieren – oder eskalieren

Ukraine Auch wenn es viele nicht hören wollen: Es braucht einen verantwortungspolitischen Ansatz zur Beendigung des Krieges

■ Johannes Varwick

Es gibt zu dem Krieg Russlands gegen die Ukraine eine ganze Reihe an kontroversen Einschätzungen. Dazu zählt der Streit über die Kriegsursachen ebenso wie die Frage, ob westliche Waffenlieferungen und EU-Beitrittsperspektive der richtige Weg sind, um mit der Ukraine solidarisch zu sein. Streitig ist auch, wie eine Lösung oder zumindest eine Befriedung aussehen könnte – und was der Westen dazu beitragen soll und kann. Viele haben offenkundig das kleine strategische Einmaleins verlernt: Denn bei der Wahl der eigenen Strategie sollte man davon ausgehen, welche Möglichkeiten man selbst hat und welche Mittel man mit welcher Erfolgsaussicht bereit ist einzusetzen.

Solidarität mit der Ukraine ist keine Frage von möglichst vielen und schweren Waffenlieferungen, sondern eine Frage des Grades der diplomatischen Initiativen, diesen Krieg mit unpopulären, aber realistischen Ansätzen zu beenden. So zu tun, als ob der

westliche Weg bisher Erfolg hatte, ist genauso blauäugig wie der Vorwurf, dass der Versuch von Verhandlungen naiv oder gar zynisch wäre. Die Anhänger von immer mehr Waffenlieferungen tun so, als ob damit der Ukraine geholfen wäre. Dabei führen diese offenkundig nur dazu, dass Russland weiter eskaliert und dieser Krieg blutiger sowie langer wird. Zugleich wird der Ruf nach diplomatischen Initiativen in weiten Teilen der Öffentlichkeit abgetan und nicht nur eine grüne Außenministerin fabulierte, man dürfe „nicht kriegsmüde werden“. Wer fordert, man müsse diesen Krieg zumindest einfrieren, wird mit Häme übergesossen und als Naivling oder fünfte Kolonne Moskaus diffamiert.

Mit einem gesinnungsethischen Kompass ist eine vorbehaltlose Unterstützung der Ukraine mehr als berechtigt. Ob dies allerdings einer Verhandlungslösung dient, ist fraglich. Es braucht vielmehr einen verantwortungsethischen Ansatz, der nüchtern – und allein dieser Gedanke wird ja tabuisiert – den Versuch eines Interessenausgleichs mit Russland wagt und nicht auf

einen Sieg gegen Russland setzt. Diesen Weg einer realpolitischen Frontbegradigung war und ist im Westen kaum jemand bereit auszuloten, auch weil man die Existenz von Einflusszonen tabuisiert und die eigenen Prinzipien fundamental setzt. Wer aber eine komplett Niederlage Russlands oder einen Rückzug hinter die Grenzen vor dem 24. Februar 2022 zum Ziel bzw. zur Voraussetzung für eine Friedenslösung erklärt, der hilft der Ukraine nicht, sondern landet letztlich im Krieg mit Russland.

Ein Art „Versailles II“ – also eine Lage, die bei aller Unvergleichbarkeit in etwa der Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg entspricht – wäre gegen eine Nuklearmacht Russland nicht nur unvorstellbar, sondern würde auch keinen Frieden bringen. Eine Einhegung dieses Krieges wird nicht gelingen, wenn man Gerechtigkeit anstrebt, sondern es sollte um Kategorien wie Stabilität und Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen und Ambitionen gehen. Dieser Krieg wird nur durch eine diplomatische Lösung beendet werden. Dabei wird keine Seite Maximalforderungen durchsetzen

können – auch wenn die Ukraine moralisch im Recht ist. Es wird vermutlich am Ende eine neutrale, demilitarisierte und territorial veränderte Ukraine geben, die nicht eindeutig dem westlichen oder russischen Einflussgebiet zufällt. Hier sind Kreativität und der Willen gefragt, Politik vor vermeintliche Lösungen auf dem Schlachtfeld zu setzen. Entlang dieser Linie wird eine Verhandlungslösung gefunden werden müssen, natürlich zu möglichst guten Bedingungen für die Ukraine. Wer das als „Appeasement“ diffamiert, unterschätzt die Eskalationsrisiken dieses Krieges und überschätzt zugleich die Durchhaltefähigkeit der gegenwärtigen westlichen Strategie. Nicht der Anspruch auf dauerhafte und moralisch einwandfreie Lösungen, sondern ein Einfrieren dieses Konflikts ist das Gebot der Stunde. Einen Konflikt „einzufrieren“ bedeutet keineswegs, ihn zu lösen, aber ihn an einer weiteren Eskalation zu hindern. Man könnte in diesem Sinne die Deutsche Teilung (40 Jahre) oder aktuell die Konflikte in Transnistrien (Moldau), Abchasien und Südossetien (Georgien) als „frozen“ bezeichnen – wie sie

ausgehen, hängt dann vom diplomatischen Geschick und von den Interessen der beteiligten Staaten ab, die sich im Zeitverlauf ja auch ändern können. Ein unter den bestehenden Bedingungen „unlösbarer“ Konflikt wird mithin nicht durch das Anstreben einer Ideallösung überfrachtet, sondern durch eine andere Seite zu vermittelnden Minimal-Kompromiss „auf Eis“ gelegt. Das bedeutet natürlich keine Erfolgsgarantie, ist aber angesichts der Alternativen eine verantwortbare Strategie.

Wenn dann eines (vermutlich fernen) Tages eine russische Regierung im Amt sein sollte, die russische Interessen zukunftsicher definiert, dann kann auch über einen tragfähigen Frieden verhandelt werden. Bis dahin könnte eine unvollkommene Lösung Zeit gewinnen. Einfrieren oder Eskalation, das ist derzeit die Alternative.

Johannes Varwick lehrt Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und war bis 2021 Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik